52 • Ausgabe B Nr. 265
de für Berlin u. Umgegend Nr. 552

Abend-Ausgabe

Donnerstag, 2. Dezember 1920
49. Jahrgang

Berliner Tageblatt
und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte
bernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

nanzminister Dr. Wirth über die Frage der Zwangsanleihe.

ie Beratungen im Steuerausschuß.

m Steuerausschuß des Reichstages wurde heute rdings die Frage Reichsnotopfer oder Zwangsleihe bzw. Ergänzung des ersteren durch eine Zwangsanleihe hst in einer Geschäftsordnungsdebatte erörtert. Von verschiedenen Abgeordneten wurde die Ansicht vertreten, daß eine Weiterrung um gegenwärtigen Augenblick nicht angezeigt sei und erst gedruckte Rede des Reichsbankpräsidenten bzw. die Grundlagen s Gesetzentwurfs betreffend Zwangsanleihe abgewartet werden ten.

Reichsfinanzminister Dr. Wirth erklärte demgegenüber, daß Vorlage über die Erhebung einer Zwangsleihe nicht ohne weiteres gemacht werden könnte. aterial in Aktenbänden" läge darüber nicht vor, lediglich Mitungen des Reichsbankpräsidenten an das Reichsfinanzministerium Juli vorigen Jahres und vom April dieses Jahres. Der nister ging dann auf unrichtige Zeitungsmeldungen ein und onte:

Bei meiner gestrigen Erklärung im Ausschuß habe ich keinen fel darüber gelassen, welche Stellung ich in der Frage der wangsanleihe oder beschleunigte Notopfereinziehung einnehme. f meine persönliche Bitte hat der Herr Reichsbankpräsident nicht den Stand unseres Geldwesens und die daraus sich ergebenden gen dargestellt, sondern auch seine Ansichten über die Zwangsleihe in Verbindung mit dem Reichsnotopfer rgelegt. Ich habe bereits gestern erklärt, daß ich von Anfang eines Amtes an mit dem Herrn Reichsbankpräsidenten Fühlung nommen und in Verbindung mit ihm gearbeitet habe.

Wenn jetzt die beschleunigte Einziehung eines Teils des Notopfers als Gesetzesvorlage eingebracht worden so ist das auf den Beschluß des Kabinetts zurückzuführen. Ich habe dem Kabinett im Oktober neben anderen Maßnahmen als unbedingt erforderliche finanzielle Maßnahme zur Eindämmung der schwebenden Schulden folgende zwei Möglichkeiten vorgeschlagen:

1. Aenderungen im Reichsnotopfergesetz derart, daß ein bestimmter Teil sofort in bar zu zahlen ist;

2. Zwangsanleihe ohne Aenderung des Notopfergesetzes. Beide dieser Maßnahmen ist ein Hemmungsmittel gegen allzurasche Vermehrung der schwebenden Schuld und als Eindämmungsmittel gegen die Papierflut.

Das **Kabinett** hat sich **gegen die Erhebung einer Zwangsanleihe** als dem stärkeren Mittel ausgesprochen und für die beschleunigte Erhebung eines Teils des Reichsnotopfers erklärt. **Einer Verbindung zwischen Reichsnotopfer und Zwangsanleihe stehe ich demnach nicht ablehnend gegenüber; sie ist mir vielmehr lieber als die beschleunigte Erhebung des Reichsnotopfers,** allerdings unter der Voraussetzung, daß die Zwangsanleihe so gestaltet wird, daß ihr Ertrag an Bargeld ganz bedeutend höher ist, als aus der Erhebung des Reichsnotopfers erwartet werden darf. Eine Aenderung des Reichsnotopfers im wesentlichen Umfang darf aber dabei nicht erfolgen.

Von den Abgg. Dr. **Braun** (Soz.), Dr. **Helfferich** (Deutschnat.) und **Blunck** (Dem.) wurde in der weiteren Aussprache zugegeben, daß nicht etwa der Reichsbankpräsident zur Einbringung einer Vorlage betreffend Zwangsanleihe in der Lage sei, nur die Regierung bzw. die Parteien hätten die Berechtigung dazu.

Der **Reichsfinanzminister** sprach nochmals den dringenden Wunsch aus, daß die **Parteien beschleunigt dazu Stellung nehmen, ob sie den vorliegenden Gesetzentwurf oder eine Zwangsanleihe oder beides akzeptieren wollten.**

In Fortsetzung der allgemeinen Aussprache wandte sich Staatssekretär **Mösle** gegen die gestrigen Ausführungen des Abg. Dr. Becker. Von einem Bankrott der Steuerverwaltung könne keineswegs gesprochen werden. Das Reichsfinanzministerium sei keineswegs brutal vorgegangen und habe nicht die alten Finanzorganisationen plötzlich umgeworfen, sondern habe die der Länder so übernommen, wie sie waren und habe sie weiter arbeiten lassen. Vielfach sei nur das Firmenschild geändert worden, was in Hessen auch nicht nötig war, da es dort schon Finanzämter gab. Die ungeheuren Aufgaben, die auf die Steuerorganisationen in rascher Folge einstürmten, der Mangel an Steuerpersonal, an Amtsräumen und Wohnungen für die Beamten hätten Schwierigkeiten erzeugt, die erst allmählich überwunden worden sind. Jetzt marschiere die Organisation, und wenn er nicht von vornherein davon überzeugt gewesen wäre, daß eine einheitliche Organisation zwecks einheitlicher Steuerveranlagung nötig wäre, so wäre er es jetzt nach Bereisung einer großen Zahl von Finanzämtern in allen Teilen des Reiches. Er habe gefunden, daß der Mehrbeitrag so verschieden veranlagt worden sei, daß dabei Ungerechtigkeiten unterlaufen seien. Gegenüber den verschiedensten Angriffen aber müsse er mit Dank feststellen, daß die Finanzämter und ihr Personal alles daran gesetzt hätten, um ihren großen und schwierigen Aufgaben gerecht zu werden. Der Staatssekretär äußert sich dann weiter über die Veranlagung und Erhebung des Reichsnotopfers und bittet den vorliegenden Gesetzentwurf anzunehmen. Gewisse Härten könnten durch entsprechende mit dem Reichsrat vereinbarte Anweisungen gemildert werden.

Abg. Dr. **Helfferich** (Deutschnatl.) berührte die Frage der Besteuerung der Auslandsdeutschen und wünscht Aufklärung darüber, wie deren Wünsche berücksichtigt werden könnten.

Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz betonte, daß er keine andere als die Politik des Kabinetts hier vertreten könne. Im gegenwärtigen Augenblick sei **nichts wichtiger, als der Inflation Einhalt zu tun** und sich ihr entgegenzustellen. Sowohl die beschleunigte Erhebung des Notopfers als auch eine Zwangsanleihe könnten diesem Zweck dienen. Vom Standpunkt der Industrie und der Landwirtschaft aus beständen gewisse Bedenken gegen die beschleunigte Erhebung des Reichsnotopfers, und er habe pflichtgemäß schon bei der Vorbereitung des Gesetzentwurfs darauf aufmerksam gemacht, aber in der Lage in der wir uns jetzt befänden, müßten die Bedenken zurückgestellt werden. Die Inflation sei so im Fortschreiten, der Druck unserer Noten so andauernd, daß es unbedingt nötig sei, sich dieser Entwickelung entgegenzustemmen. Wenn vom Reichsnotopfer 15 Milliarden und durch eine etwaige Zwangsanleihe 20 Milliarden gewonnen werden könnten, so würde diese Summe im Hinblick auf den Stand der Dinge als gering erscheinen, aber doch bewirken den Stand der Valuta zu unseren Gunsten zu beeinflussen. Das wäre im Hinblick auf den Einkauf von Produkten und Lebensmitteln im Auslande von unbezahlbarem Werte. Daß der beschleunigten Erhebung des Reichsnotopfers seinerzeit vor der Zwangsanleihe der Vorzug gegeben worden sei, beruhe darauf, daß schon bei der Ankündigung einer Zwangsanleihe die Kapitalflucht eingesetzt habe. Ehe nicht klar gelegt sei, wie man sich eine Zwangsanleihe denke, könne er sich auch nicht über ihre etwaigen Wirkungen äußern. Er vertrete den Standpunkt des Kabinetts, d. h. die Vorlage auf schnellere Einhebung des Reichsnotopfers.

Abg. **ten Hompel** (Zentr.) äußerte zunächst Bedenken gegen die Vorlage, glaubte aber, daß diese im Hinblick auf die große Finanznot zurückgestellt werden müßten. Es sei jedoch bei der Ausgestaltung des Gesetzentwurfes dafür zu sorgen, daß Industrie und Landwirtschaft nicht an ihrem Lebensnerv getroffen würden. Das Wichtigste sei, die Wirtschaft zu erhalten, denn sie sei die Grundlage der Finanzwirtschaft. Die hohen Steuersätze seien die Ursachen der Steuerflucht. Der Pessimismus des Reichsbankpräsidenten habe gewiß eine Berechtigung, aber es sei doch auch die Hoffnung berechtigt, daß bei entsprechenden Maßnahmen das Schlimmste abgewendet werden könne. Wenn die Zwangsanleihe richtig aufgezogen werde, so wäre sie zweifellos ein Mittel, die Inflation aufzuhalten und unsere Verhältnisse zu bessern. Fraglich sei nur, ob man mit unfertigen Plänen an die Oeffentlichkeit hätte treten sollen.

Hierauf wird die Weiterberatung auf Dienstag vertagt.

*

Die Verhandlungen im Steuerausschuß des Reichstages haben als Ueberraschung die Rede des Reichsbankpräsidenten Havenstein gebracht. Daß Herr Havenstein schon seit längerer Zeit für die Zwangsanleihe eintritt, ist bekannt. Herr Havenstein hat daraus auch gar kein Hehl gemacht, und über den Plan der Zwangsanleihe überhaupt ist, ohne Kenntnis der Details des Projektes, ja auch in der Oeffentlichkeit schon des öfteren hin und her gesprochen worden. Als dann der Reichsfinanzminister seine Vorlage zur schnelleren Erhebung des Reichsnotopfers einbrachte, schien das Havensteinsche Projekt zum Scheitern gebracht zu sein. Nun erlebt es seine Auferstehung — und zwar zum mindesten nicht gegen den Willen des Reichsfinanzministers.

Der Finanzminister hat sich, wie wir erfahren, schon gleich nach seinem Amtsantritt mit dem Leiter der Reichsbank über die finanzielle Lage ausgesprochen, und schon damals hat ihm wohl Herr Havenstein von der Notwendigkeit, eine Zwangsanleihe aufzulegen, gesprochen. Es ist ihm auch schon damals gelungen, den Minister im allgemeinen von der Richtigkeit und Nützlichkeit seiner Ideen zu überzeugen. Herr Havenstein sieht eben die Papiergeldflut immer höher steigen, aber er sieht auch das Reich in dieser Flut schließlich untergehen. Er sagt sich also, daß die Flut beschworen werden muß, so daß sie wenigstens zeitweise zurückebbt oder stagniert. Daher sein Eingreifen, das unsere Finanzen nicht etwa sanieren, sondern nur auf eine bestimmte Zeit ihre Verschlechterung vermeiden soll.

Der Finanzminister hat dies Projekt Havensteins im Kabinett offenbar nicht durchzusetzen vermocht, sondern sich mit einer zahmeren Losung der Aufgabe begnügen müssen. Nun hat er Herrn Havenstein persönlich gebeten, vor dem Steuerausschuß seinen Standpunkt zu vertreten, und der Erfolg ist, zunächst wenigstens, nicht unbeträchtlich.

Darüber, wie sich nun der Reichsbankpräsident die Konstruktion der Zwangsanleihe denkt, tappt man zunächst völlig im Dunkeln. Bevor dieses Dunkel nicht gelichtet ist, wird man auch sachlich kaum Stellung nehmen können. Als Punkte, die besonders der Klärung noch bedürfen, werden uns genannt:

1. ob die Einzahlungen auf das Reichsnotopfer auf Zwangsanleihe angerechnet werden solle,

2. ob das Reichsnotopfer mit Zwangsanleihe bezahlt werden kann,

3. ob bei der Zwangsanleihe selbstgezeichnete Kriegsanleihe eingezahlt werden kann.

Was den letzten Punkt anbetrifft, so scheint uns die Gewährung einer solchen Möglichkeit vom Standpunkt der Finanzen aus jedenfalls nicht sehr opportun. Denn auf diese Weise erreichte man ja nur die Konvertierung eines Teiles der Kriegsanleihe in niedriger verzinsbarer Zwangsanleihe, für das Reich erhalte sich also keine Bargeldeinnahme, sondern lediglich eine Zinszahlungsersparnis.

Die Stellungnahme zu den beiden ersten Punkten wird man sich vorbehalten. Sie wird natürlich vor allem davon abhängen, welche Beträge man von der Zwangsanleihe über das mit ihr kontinuierte Notopfer hinaus erwartet.

Prinzipiell ist natürlich zu überlegen, ob der gegenwärtige Zeitpunkt geeignet ist, das scharfe Mittel der Zwangsanleihe anzuwenden — oder ob man einen Zeitpunkt abwartet, an dem sich die zukünftige Entwicklung der Finanzen wenigstens einigermaßen übersehen läßt. Wenn man das Zwangsanleihe als ein letztes Mittel betrachtet, das das Reich anzuwenden in der Lage ist, so wird diese Ueberlegung besonders wichtig; denn letzte Mittel pflegt man sich zum kritischsten Zeitpunkt aufzusparen. Vielleicht aber — besonders wenn der Erfolg der Zwangsanleihe gut ist — wäre sie die erste — aber nicht die letzte ihrer Art.

* * *

Eine Novelle zum Einkommensteuergesetz.

Wie die Deng aus guter Quelle erfährt, ist eine von den Linksparteien angeregte Novelle zum Einkommensteuergesetz in Vorbereitung, durch die das abzugsfähige Einkommen von 1500 Mark auf 3000 Mark erhöht und die kleinen Einkommen zwischen 10- und 20 000 Mark weniger stark herangezogen werden sollen, wie bisher. Von zuständiger Stelle wird diese Meldung bestätigt, aber gleichzeitig hinzugefügt, daß die Novelle über das erste Stadium der Vorbereitung noch nicht hinaus ist, und daß es wohl noch geraume Zeit dauern werde, bis sie greifbare Gestalt annimmt.

Die Sprengung der Regierungskoalition in Polen.

Von unserem Korrespondenten
Willy Stein.

Warschau, Anfang Dezember.

Seit das neue Polen im Herbst 1918 in Freiheit erstanden ist und seit sich von da ab, von wenigen Schwankungen abgesehen, seine Valuta in langsamem Sinken befand, hat man immer wieder an einzelne Ereignisse die Hoffnung geknüpft, daß durch sie ein plötzlicher Ruck nach oben im Werte der polnischen Mark eintreten würde. Man erwartete den Umschwung durch Regelung der ostgalizischen Frage, durch den Anschluß des ehemals preußischen Teilgebiets, durch die Wiederaufnahme der galizischen Petroleumproduktion, durch den Sieg in der Ukraine, durch die westpreußische Abstimmung, durch die Niederlage der Russen — und jetzt durch die Abstimmung in Oberschlesien. Bisher haben alle diese Hoffnungen enttäuscht — selbst wo die Entscheidung günstig für Polen fiel, zeigte sich nur ein kurzes, vorübergehendes Anziehen der polnischen Mark, bis wieder unerbittlich der Weg nach unten ging. Kein Ministersessel hat so oft den Inhaber gewechselt wie der des Finanzministers. Immerhin haben die Finanzgewaltigen unbestreitbar allmählich aus den Fehlern ihrer Vorgänger gelernt: von der anfangs so rege propagierten Währungsänderung — von der man einst naiv das Heil erwartete, obschon die neue Zlotywährung ebenso der Golddeckung ermangelt hätte, wie die alte Markwährung — ist es allmählich still geworden. Der letzte Finanzminister strebte bereits deutlich auf die eigentlichen Notwendigkeiten zur Gesundung der Finanzen zielbewußt hin: Sparsamkeit in der Verwaltung, Hebung der Steuererträge, Ausgleich der Einnahme- und Ausgabeposten des Etats, die zurzeit in dem schreienden Mißklang von knapp zwei zu reichlich 18 Milliarden monatlich stehen.

Aber der Finanzminister Grabski hatte es schwer, sein Reformprogramm zu verwirklichen. Seine Steuerprojekte — im letzten März eingebracht — wurden durch schwerfällige Behandlung im Sejm erst im Juli grundsätzlich gebilligt und die angesetzten Erträge bringen sie heute auch nicht. Die verschiedenen inneren Anleihen brachten zwar viel, aber bei weitem nicht genug, um dem Staatsfäckel aufzuhelfen. Das Sparsamkeitsprogramm wurde durch harte Tatsachen durchkreuzt: der Grundsatz, unter gerade noch erträglicher Verringerung der Brotration von der Einfuhr des teueren amerikanischen Mehls abzusehen, mußte fallen gelassen werden, da durch den Einfall der Bolschewiki bis vor die Tore Warschaus die Ernte nicht nur der weiteren Ostgebiete, sondern teilweise auch des östlichen Kongreßpolens illusorisch wurde. Infolgedessen muß man Mehl aus Amerika beziehen. Zu dessen teuerem Einkaufspreise treten gewaltige Frachtraten, da die Transportschiffe infolge mangelnder Ausfuhrartikel (für die allenfalls möglichen Holztransporte sind die Schiffe wieder ungeeignet) zumeist leer von Danzig zurückgehen müssen. So zahlt Polen Milliarden monatlich für Brot, Summen, die höher sind, als die Kosten seiner Kriegführung waren. Der Brotpreis in der Hauptstadt stellt sich unter diesen Verhältnissen auf 32 Mark für 400 Gramm. Und dieser enorme Brotpreis ruft in Verbindung mit der phantastischen Teuerung aller Bedarfsartikel den Rattenschwanz von Teuerungszulagen, Gehaltserhöhungen usw. hervor, der alle Sparpläne über den Haufen wirft. Nimmt man noch hinzu, daß die Versuche wirklich nennenswerter Auslandsanleihen an zu drückenden Bedingungen gescheitert sind, so wäre die Amtsmüdigkeit Wladyslaw Grabskis ohne weiteres erklärt, sein Rücktritt eine Konsequenz der Tatsachen in seinem Ressort.

Die Polnische Republik ist aber bisher noch nie in der glücklichen Lage gewesen, daß irgendwelche Verhältnisse einfach und klar lägen. Das politische Leben ist bisher noch ein so unentwirrtes Netz verknoteter Fäden, daß zehn andere Knoten sich fester ziehen, wenn einer scheinbar gelöst wird.

Der Rücktritt des Finanzministers ist daher auch nicht einfach eine Folge seiner vergeblichen Anstrengungen, der Finanzkatastrophe Einhalt zu gebieten, sie ist ein politisches Ereignis von schwerstem Gewicht. Es darf daran erinnert werden, daß die Polnische Republik nach dem ersten kurzlebigen Linkskabinett eine Rechtsregierung sah, und daß erst allmählich wieder bei den einzelnen Kabinettskrisen über Paderewski, Skulski und Witos-Daszynski das Steuer langsam etwas mehr nach links ging. Die eigenartigen Kräfteverhältnisse in dem seiner Zeit in Eile und unter der Vorbereitung noch nicht konsolidierter, vielfach unklar brodelnder Parteien gewählten Sejm, der — immer noch Konstituante — die höchste Macht im Lande darstellt, bringen es mit sich, daß sowohl eine deutliche und bei grundsätzlichen Fragen sichere Mehrheit nach rechts wie nach links fehlt. Damit fehlt aber auch ein fester Rückgrat für eine parlamentarische Regierung und reine Zufallsmehrheiten bei Abstimmungen, wo einmal zwei oder drei Abgeordnete fehlen, können das Kabinett schwer erschüttern.

Im Augenblick der näher brandenden Woge der vordringenden bolschewistischen Truppen ist das jetzige Kabinett unter Witos, dem Bauernführer, als Präsidenten, und dem Sozialisten Daszynski als Vizepremier als Koalitionskabinett aller größeren Parteien, von der Nationaldemokratie bis zur Sozialistischen Partei, erstanden. Es war ein Kompromißkabinett, das naturnotwendig zerbrechen mußte, sobald nach Ueberwindung der Russengefahr innerstaatliche Probleme Lösung und Entscheidung erheischten, ob der Kurs links oder rechts gehen soll.

Die Nationaldemokratie, seit je die bestorganisierte Partei und bisher vielfach die am geschicktesten geführte, hat durch die Abberufung des Finanzministers Grabski, den sie ins Kabinett entsandt hatte, die Koalition als erste ge-